

INSIDE

Informationsdienst der FDP-Grossratsfraktion vom 15. März 2019

Inhalt:

- › **Krankenkassenprämien-Abzug** Von Silvan Hilfiker (S. 1)
- › **Mailbox** Von Martina Sigg (S. 2)
- › **Aufruf FDP Schweiz Schiedsgericht** Von Geschäftsstelle FDP Aargau (S. 3)
- › **Informationen und kommende Veranstaltungen der FDP Aargau.** Von Geschäftsstelle FDP Aargau (S. 3)

Krankenkassenprämien-Abzug

Ring frei für Runde zwei

Silvan Hilfiker, Vize-Fraktionspräsident und Grossrat, Oberlunkhofen

silvan.hilfiker@grossrat.ag.ch



Erinnern Sie sich? Im November 2018 lehnte die FDP einstimmig eine Motion ab, welche den vollumfänglichen steuerlichen Abzug der effektiven Prämien der obligatorischen Grundversicherung forderte. Das Anliegen stiess damals auf eine gewisse Sympathie in unserer Fraktion. Wir erachteten eine Abkehr vom heutigen System mit Pauschalabzügen jedoch als Bürokratiemonster. Die FDP anerkannte zweifellos, dass im heutigen Abzug die gestiegenen Prämien der letzten Jahre nicht angemessen abgebildet sind. Wir haben deshalb im letzten Herbst gegenüber der SVP signalisiert, dass wir einer Erhöhung des Pauschalabzugs offen gegenüberstehen. Wir haben unser Wort als verlässlicher Partner gehalten: An der letzten Grossratssitzung reichten wir einen gemeinsamen Vorstoss zur Erhöhung des Pauschalabzugs ein.

Mit der Inkraftsetzung des Steuergesetzes vom 1. Januar 2001 wurden die Abzüge definiert und seither nicht mehr angepasst. In der Zwischenzeit hat sich die Durchschnittsprämie mehr als verdoppelt. Es liegt auf der Hand: die Höhe der Pauschalabzüge sind nicht mehr angemessen. Während die Bevölkerung einen massiven Prämienanstieg verkraften musste, blieb die Höhe des Pauschalabzugs seit 18 Jahren unverändert.

Die Höhe des Pauschalabzugs ist deshalb an die aktuellen Verhältnisse anzupassen. Mit der vorgeschlagenen Verdop-

pelung des Pauschalabzuges wird dem massiven Prämienanstieg zumindest teilweise Rechnung getragen. Mit einer regelmässigen Anpassung der Pauschalabzüge (z.B. analog der Abzüge der dritten Säule) wird zudem sichergestellt, dass auch in Zukunft die Höhe angemessen ist. Ich bin gespannt, wie der Regierungsrat auf unsere gemeinsame Forderung reagiert.

Mailbox Interpellation

Martina Sigg, Grossrätin und Präsidentin FDP Frauen Kanton Aargau, Schinznach Dorf
martina.sigg@bluewin.ch



Am 13.2.2019 wurde die Medienmitteilung veröffentlicht, dass Frau Regierungsrätin Roth eine Mailbox eingerichtet habe, damit Bürgerinnen und Bürger ihre Anliegen an das Departement für Gesundheit und Soziales (DGS) dort eingeben können. Dieses Vorhaben war zwar medienwirksam, doch lässt sich fragen, ob eine Mailbox innerhalb der Verwaltung am richtigen Ort ist und den gewünschten Effekt bringt. Dazu habe ich eine Interpellation eingereicht.

Es ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger bei Unstimmigkeiten, Fragen, Klagen etc. einen einfachen Zugang zu Verwaltung und Regierung haben. Dies gilt eigentlich bei uns im Aargau, denn im Staatskalender sind alle notwendigen Adressen auffindbar. Deshalb irritierte mich die Art und Weise, wie Frau Regierungsrätin Roth eine Mailbox einrichtete. Dies geschah, nachdem bekannt wurde, dass bei einem gemeldeten Missbrauchsfall zwischen einem Psychiater und seiner Patientin, einiges nicht richtig lief. In meiner Interpellation geht es aber nicht um diesen Missbrauchsfall, sondern einzig darum, ob die Lösung, die mit der Mailbox präsentiert wurde, die Richtige war.

Folgende Punkte möchte ich gerne vom Regierungsrat geklärt haben:

- **Mailbox – Mailadresse:** Gibt es da einen Unterschied für die Benutzer?
- **Vertrauen:** Wäre es nicht ein stufengerechteres Vorgehen, wenn die Mitarbeitenden des Departementes kritische Vorfälle den Vorgesetzten melden würden und dann so gemeinsam über das weitere

Vorgehen beraten werden könnte? Hat die Departementsleitung kein Vertrauen in die Mitarbeitenden, dass dies geschieht?

- **Interne Abläufe:** Welche Verbesserungen in den internen departementalen Abläufen bei Anzeigen aus der Bevölkerung sind in letzter Zeit getroffen worden?
- **Unabhängigkeit:** Sollte eine solche Stelle aber nicht wirklich unabhängig sein? Das würde bedeuten, dass sie sicher nicht direkt in der Verwaltung oder bei der Regierung angegliedert sein sollte. Gemäss unserer Kantonsverfassung §101 kann die Regierung eine Ombudsstelle einrichten. Wurde dies im Zusammenhang mit den jüngsten Vorfällen geprüft und diskutiert?

Mit der letzten Frage werden wir uns in nächster Zeit sowieso intensiver auseinandersetzen, denn es wurden zwei Motionen eingereicht zur Einrichtung einer Ombudsstelle.

FDP.Die Liberalen Schweiz sucht ein Ersatzmitglied für ihr Schiedsgericht

Anforderungen:

- Juristischer Background ohne aktives politisches Amt
- Zeitaufwand zirka 4 Sitzungen pro Jahr
- Bewerbungsfrist Ende März
- Bei Interesse Mail an info@fdp-ag.ch

INSIDE Nationalratskandidatinnen und -kandidaten

Die Präsentation der Nationalratskandidatinnen und -kandidaten wird in den kommenden INSIDE-Ausgaben fortgeführt.

Kommende Veranstaltungen der FDP.Die Liberalen Aargau

Freitag, 22. März 2019, 19.00 Uhr: GV Jungfreisinnige Aargau im Fricktal

Dienstag, 26. März 2019, 19.00 Uhr: Parteitag 19/2 FDP Aargau in Aarburg

Donnerstag, 28. März 2019, 18.00 Uhr: GV FORUM Aargau in Frick

Redaktion und Versand INSIDE:

Sven Marti, Geschäftsführer und Fraktionssekretär FDP.Die Liberalen Aargau

E-Mail: info@fdp-ag.ch



Freiheit



Gemeinsinn



Fortschritt